

diesem Schlagwort gar vergeblich. Es findet nur indirekt Erwähnung. Und was soll man bloß mit der Erklärung zu „Zentrale Frauen-/Gleichstellungsbeauftragte“ anfangen? Sie lautet so schlicht wie unzutreffend „Universitätsfrauen-/gleichstellungsbeauftragte“. Das dürften die Amtsträgerinnen an Fachhochschulen doch mit einigem Erstaunen zur Kenntnis nehmen.

Das Literaturverzeichnis weist dann wieder das erhoffte Niveau auf. Es erhebt nicht den Anspruch auf eine umfassende bibliographische Abbildung, sondern setzt mit über 250 Quellen vielmehr auf einen themenzentrierten Überblick in der Bandbreite von Veröffentlichungen hochschulpolitisch tätiger Institutionen (z.B. Wissenschaftsrat) über Stellungnahmen gleichstellungspolitischer Organisationen (z.B. Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen/BuKoF) bis hin zu Ergebnissen aus der Frauen- und Geschlechterforschung. Der Schwerpunkt liegt auf Publikationen ab Erscheinungsjahr 2000, was auf die Zielstellung der Autorinnen einen Beitrag zur aktuellen Hochschulreformdebatte zu leisten, verweist. Daneben finden sich aber auch die unverzichtbaren „Klassiker“ im hochschulischen Gleichstellungskontext und feministischen Diskurs sowie aus der Sicht einer Betroffenen erfreulicher Weise auch einiges aus der bewegten Nachwendezeit im Osten Deutschlands.

Anke Burkhardt (Wittenberg)

Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Christoph Links: Berlin 2003. 604 Seiten, ISBN 3-86153-296-4, € 24,90

Der *Elitenwechsel* an den Hochschulen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) begann mit einem historisch beispiellosen, durch Weltkrieg, Flucht und Entnazifizierungspolitik bedingten *Elitenverlust*. Erschwert wurde unter diesen Umständen die rasche Herausbildung einer neuen geistigen Elite, die sich zukünftig ganz in den Dienst des kommenden Sozialismus stellen sollte. Ob Walter Ulbricht also ein bisschen zu optimistisch war, als er im Juni 1958 während der Verhandlungen des V. SED-Parteitages verkündete, dass es in der DDR binnen 14 Jahren gelungen sei, eine

„sozialistische Intelligenz“ zu etablieren (S. 10)? Im Fazit seiner Dissertation über die SED-Hochschulpolitik in der SBZ/DDR von Kriegsende bis Mauerbau bezeichnet Ilko-Sascha Kowalczuk Ulbrichts pauschale Behauptung als „bloßes Wunschdenken“ (S. 558). Immerhin aber war, so muss man nach der Lektüre von Kowalczucs Untersuchung zur Hochschulpolitik in der SBZ/DDR hinzufügen, dieses „Wunschdenken“, auf den Kommandohöhen der Diktatur eine der SED treu ergebene und systemloyale Elite zu schaffen, von Beginn an mit erheblichen Folgen für die Akteure verbunden, die im Fokus der in der SBZ/DDR verfolgte Hochschul- und Intelligenzpolitik standen.

Im Zentrum der Untersuchung von Kowalczuk stehen die fünfziger Jahre. Vier systematisch strukturierte Kapitel zeichnen diese Entwicklung unter den Überschriften „Intelligenz – zwischen Theorie und Politik“ (Kapitel 1), „Die Umgestaltung des Hochschulwesens 1945 bis 1961“ (Kapitel 2), „Hoffnungsträger und Zukunftsgaranten“ (Kapitel 3) und „Förderung – Vertreibung – Widerstand“ (Kapitel 4) nach. Die Studie basiert vor allem auf den Akten der Verwaltung für Volksbildung, dem Staatssekretariat für Hochschulwesen (Bundesarchiv Berlin), Akten der SED-Führung in der Stiftung der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO) sowie Beständen aus Privatarchiven, u.a. des Verfassers, und teilweise auch MfS-Akten.

Eingangs erfährt der anstatt „Elite“ und „Profession“ gewählte „Intelligenzbegriff“ zunächst eine weit verzweigte Begründung, die den Autor zu einer „pragmatischen und wertfreien Bestimmung“ führt: Darunter werden in der Untersuchung „gesellschaftliche Gruppen verstanden, die entweder a) eine Hochschul- oder vergleichbare Ausbildung durchlaufen haben, b) ihren Lebensunterhalt aufgrund ihrer Hochschulausbildung verdienen *und* c) in nicht-produktiven Bereichen tätig sind oder aber a) ihren Lebenslauf mit nicht-produktiven Tätigkeiten bestreiten, b) überhaupt außerhalb von materiellen Produktionsprozessen stehen *und* c) zu ihrer zumeist individuellen oder in Kleinstgruppen organisierten Tätigkeit entweder aus eigener Initiative kamen oder spezielle Ausbildungswege beschritten haben.“ (S. 44, Hervorhebungen im Original)

Der untersuchte Personenkreis bestand zunächst aus rund 250.000, am Ende des Untersuchungszeitraums ca. 500.000 Menschen, „was einem Beschäftigungsanteil von 3,5 bis 8 Prozent entsprach“ (S. 50). Die Studie konzentriert sich im Wesentlichen auf denjenigen Bereich, an dem der größte Teil der Menschen seine „Basisausbildung“ erfuhr: den Universi-

täten und Hochschulen. Deswegen interessieren den Verfasser vor allem die Veränderungen innerhalb der Studierendenschaft, der „Rekrutierungs- masse der Intelligenz“ (S. 51).

Bemerkenswert ist das quantitative Wachstum der Hochschulen in der SBZ/DDR. Dazu zählen neben der Wiedereröffnung traditionsreicher Institutionen auch Neugründungen („Ideologie-Hochschulen“), die unmittelbar an die Herrschaftsausübung gebunden waren, wie etwa die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ und die FDJ-Jugendhochschule (S. 121). Eng damit verknüpft ist der zu konstatierende Anstieg der Studentenzahlen (S. 288). Kowalczuk kann aber auch zeigen, dass die Hochschulpolitik insgesamt patriarchalisch geprägt war; das Studium von Frauen wurde kaum gefördert (S. 296ff.).

Ausführlich und differenziert wird die Rolle des Stipendiensystems dargestellt und bewertet. Einerseits wurde es als soziales und politisches Druckmittel eingesetzt („Zuckerbrot und Peitsche“), andererseits aber sind zumindest zeitweise aufgrund der neuen finanziellen Förderungsmöglichkeiten soziale Schichten an die Universitäten gekommen, die vorher vom Studium ausgeschlossen waren (S. 279). Kowalczuk zeigt jedoch exemplarisch, „dass der Anteil von Arbeiter- und Bauernkindern nur kurzzeitig nach Gründung der neuen Hochschule anstieg, nach wenigen Jahren jedoch wieder absank und unter den gesetzten Erwartungen blieb.“ Insofern wich der „soziale und politische Revolutionierungsprozess“, der mit der Stipendienpolitik einsetzen sollte, ab Mitte der 1960er Jahre einem politischen und sozialen *Selbstrekrutierungsprozess*: Die ‚neue‘ Schicht (und vor allem die Kinder der „neuen Intelligenz“) begann mit Hilfe dieser Förderungspolitik, sich zu reproduzieren (S. 288). Bald nutzte die SED die Hochschulen als Aufstiegsschleuse für ihre eigene Klientel (S. 318f.).

Festzuhalten ist hier Kowalczucs Darstellung der *Gleichzeitigkeit* von Privilegierung *und* Repression (S. 380): Den massivsten Eingriff in die Universitäten und Hochschulen stellte die Bildung von SED-Organisationen als neues Machtzentrum dar. Ebenso zu nennen sind die widersprüchlichen Entwicklungen im Umgestaltungsprozess der einzelnen Fächer (S. 423). So geriet etwa in den Veterinärmedizinischen und Landwirtschaftlichen Fakultäten das Vorhaben der SED, ausschließlich parteiliche Kräfte einzusetzen, in Konflikt mit der von ihr ebenso verfolgten Zielvorstellung, das erforderliche fachliche Niveau zu sichern. Dies führte dazu, dass an mehreren Universitäten der personelle Umgestal-

tungsprozess zumindest abgeschwächt und Ansprüche der SED von Seiten der Fakultäten abgewehrt werden konnten (S. 420ff.).

Zusammenfassend wird die allgemeine Tendenz einer durchgängigen Sowjetisierung der Hochschulen verneint, wenn es auch mit den Arbeiter- und Bauer-Fakultäten, der Lehrerbildung, den Prinzipien der Intelligenzrekrutierung, der Rolle der Partei etc. Tendenzen in diese Richtung gab. Als gegenläufig werden benannt: die Rolle alter Parteibindungen bürgerlicher Wissenschaftler und Studenten sowie das sich wandelnde Verhältnis von Repression und Widerstand während und nach dem Juni-Aufstand 1953, der brutalen Niederschlagung der ungarischen Revolution 1956 und dem Mauerbau 1961: „Das Verhalten der Intelligenz in den Krisensituationen zeigt (...), dass der offen widerständige Teil der Intelligenz beträchtlich abnahm und durch den Mauerbau dann weitgehend stillgelegt wurde.“ (S. 525ff., Zitat S. 565). An diesem Zitat wird auch deutlich, dass „Ideologisierung und Militarisierung“ von Kowalczuk als ein gleichsam unaufhaltsam fortschreitender Prozess dargestellt werden, obwohl an anderer Stelle in der Arbeit explizit auch widersprüchliche Entwicklungsprozesse betont werden, etwa innerhalb der Studentenschaft. So steht zumeist der politisch-ideologische Aspekt des „Intelligenz-Problems“ im Vordergrund der Untersuchung. Obwohl der Autor selbst mehrfach betont, dass „die Hochschulpolitik und Intelligenzrekrutierung sowohl von ideologischen als auch von wirtschaftlichen Erwägungen gleichermaßen beeinflusst“ war (S. 292), bleibt die Verknüpfung von „Intelligenzproblem“, sachlichen-wirtschaftlichen Erfordernissen und Herrschaftstypus in der ansonsten überzeugenden Studie von Kowalczuk unterbelichtet (vgl. S. 199, 380ff.). Im Fazit heißt es lapidar: „Entgegen diesem Trend schritt die Ideologisierung und Gleichschaltung rasch voran“ (S. 559).

Diese partielle Eindimensionalität, die sich vor allem in der Schlussbetrachtung zeigt, wird jedoch erfreulicherweise an mehreren Stellen aufgebrochen. Zwar dominiert in methodischer Hinsicht weithin ein politikgeschichtlicher „Blick von oben“; um so mehr aber fallen die spannenden Analysen der nur auf den ersten Blick randständigen Biographien dreier „Fischereiwissenschaftler“ (S. 333) in den Blick. Die widersprüchlichen Wissenschaftskarrieren sind deshalb mit großem Gewinn zu lesen, weil hier die erfahrungs- und lebensgeschichtliche Seite des Forschungsgegenstands in den Vordergrund tritt. Die „subjektiven Wahrnehmungen“, die der Autor einleitend explizit von seinem Forschungsgegenstand ge-

trennt wissen will, spielen in einer (kulturwissenschaftlich erweiterten) Politikgeschichte keine nur „untergeordnete Rolle“ (S. 22). An dieser Stelle hätte der von Kowalczyk zwar erwähnte, aber für die Analyse nicht fruchtbar gemachte Begriff des „Eigen-Sinn“ (A. Lüdtkke) weiter helfen können (S. 285). Er benennt im Unterschied zu den Begriffen „Widerstand“ und „Opposition“ gerade *nicht* den explizit negativen Bezug auf das jeweilige Herrschaftsverhältnis, sondern rückt die Vielfalt und Mehrschichtigkeit in der Aneignung und Deutung von Herrschaft in das Zentrum. Gerade die relative Stabilität der DDR und der relative Erfolg der Intelligenzpolitik erfordern eine solch differenzierte Analyse und Bewertung des Verhaltens der Akteure; es reicht vom Übereifer glühender Idealisten über die auf den ersten Blick aktive und loyale, aber dennoch innerlich distanzierte Mitarbeit, bis hin zu Passivität oder Verweigerung, Gegenwehr oder gar Widerstand. Die Verkürzung des Akteurs-Begriff aber in der Studie zeigt ihre letzte Botschaft: Die „Intelligenzler“, ob sozialistisch geworden, oder doch noch ein bisschen bürgerlich geblieben, seien „die geborenen Egoisten“ (S. 566).

Die kritischen Anmerkungen aber sollen das Gewicht der unter dem Strich überzeugenden Studie nicht schmälern: Nimmt man zu „Geist im Dienst der Macht“ Ralph Jessens Studie (1999) über die ostdeutsche Hochschullehrer hinzu („Akademische Elite und kommunistische Diktatur“), wird das breitgefächerte Wissen über die Hochschulgeschichte der SBZ/DDR zumindest für die Ulbricht-Ära sichtbar. Auch wenn es bedauerlich ist, dass die Arbeit 1961 abbricht: Mit Kowalczyks Untersuchung liegt ein lexikonartiger Überblick vor, an dem zukünftige Forschungen in kritischer Bezugnahme nicht vorbeigehen sollten. Zudem hat die zeitliche Einschränkung einen Vorteil: Man darf auf die Fortsetzung gespannt sein.

Jens Hüttmann (Wittenberg)